

Verhandeln statt nein sagen

Europa-Parlamentarierin Kerstin Westphal auf Einladung der Europa Union in Feucht

FEUCHT – Nicht wenig hatte sich die Europa-Abgeordnete Kerstin Westphal vorgenommen, als sie auf Einladung der Europa Union Nürnberger Land zu einem Vortrag ins TSV-Parkrestaurant gekommen war: Ihr Thema lautete nämlich „Aktuelles zur Europapolitik und Zukunft der Europäischen Union“. Klar, dass die SPD-Parlamentarierin ein paar Schwerpunkte bei ihrem frei gehaltenen Referat setzen musste. Im Anschluss stellten die Zuhörer auch kritische Fragen zu den Infos aus erster Hand, die die 53-Jährige aus Brüssel bzw. Straßburg mitbrachte.

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden der Europa Union (EU), Dr. Gerhard Beuschel, der etliche Gründe dafür nannte, eine repräsentative EU-Veranstaltung wieder einmal in Feucht zu veranstalten, stellte Bürgermeister Konrad Rupprecht die Marktgemeinde der Abgeordneten vor. Die entdeckte sofort einige Gemeinsamkeiten mit Schweinfurt, wo sie von 1996 bis 2008 Stadträtin für die SPD war. Seit 2007 ist sie Mitglied im Vorstand der bayerischen SPD und seit 2009 sitzt sie als Abgeordnete im Europaparlament. Dort ist sie u.a. Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung und Stellvertreterin im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz in der Delegation für die Beziehungen zur Schweiz und zu Norwegen.

Sie blickte zunächst kurz auf die Parlamentswahlen im vergangenen Jahr zurück und stellte ihre erste Frage in den gut gefüllten Raum: Welches Gesicht hat Europa heute? Anhand von vier aktuellen Themen wollte sie versuchen, zu widerlegen, was man provokativ immer wieder mal in manchen Medien lese – dass Europa am Ende sei. An TTIP, Griechenland,

Netzneutralität und der Flüchtlingsproblematik arbeitete sie sich in ihrem faktenreichen und lebendig vorgetragenen Vortrag ab.

Beim Thema der Freihandelsverträge, die man dem ehemaligen EU-Präsident José Manuel Barroso zu „verdanken“ habe, ließ sie, wie zu erwarten, zunächst kein gutes Haar: Die intransparenten Schiedsgerichte, abgesenkte Umweltstandards und vernachlässigte Arbeitnehmerrechte „sind nach wie vor nicht vom Tisch“, stellte sie fest. Aus diesem Grund habe man im Juli mit großer partei-übergreifender Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die verkündete, dass man im Parlament von seinem Veto-Recht Gebrauch machen werde, wenn diese „roten Linien“, die da im Gespräch sind, tatsächlich überschritten werden sollten. Dieser Resolution, die sie sich mit auf ihre Fahnen schrieb, sei es zu verdanken, dass Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker, von dem sie offensichtlich deutlich mehr hält als von seinem Vorgänger, die Schiedsgerichte gegen 15 gewählte Richter, die öffentlich tagen werden, ersetzen will. „Verhandeln ist also besser als nur nein zu sagen“, machte sie ihre Einstellung deutlich.

Lösung nur in der EU möglich

Beim Thema Griechenland habe sich auch etwas bewegt, unter anderem dadurch, dass man eine Lösung nur mit dem gebeutelten Staat innerhalb der EU gesucht habe. Die Griechen nähmen die Sparforderungen ernst, doch – und das sei die Krux – sie bräuchten auch eine wirtschaftliche Zukunft und das bedeute Investitionen. Da der Staat aber kein Geld mehr für die Co-Finanzierung von Fördergeldern der EU hat, müssten eigentlich die eingeleiteten Projekte, besonders wichtig für den Mittelstand,

abgebrochen werden. Das aber kann's nicht sein, fand nicht nur Westphal, so dass Wege gefunden wurden, über das Parlament und die EU eine Fortführung der Aufbauprojekte zu leisten, denn: „Europa ist auch solidarisch“.

Nicht zufrieden war sie mit dem Ausgang der Abstimmung beim Thema Netz-Neutralität. Die sei nun durch das von der EU durchgewinkte Telekom-Paket Geschichte geworden, ereiferte sich die SPD-Abgeordnete und hielt fest, dass sie sich – anders als viele Kollegen – nicht erpressen ließ. Das Wegfallen der Roaming-Gebühren, die mit dem Aufheben der Netzneutralität verknüpft worden waren, sei für sie nicht Anlass genug gewesen, ein Zwei-Klassen-Netz zu akzeptieren.

Nobelpreis als Verpflichtung

An der Flüchtlingsfrage wird sich manches in der EU entscheiden, ist sie sich sicher und erinnerte daran, dass der Friedensnobelpreis, den die EU 2012 erhielt, eine Verpflichtung dafür sei, wie man miteinander, aber auch mit anderen umgeht. An dieser Stelle erzählte die Europa-Parlamentarierin eine ihrer kleinen Anekdoten: Als man im Parlament wieder einmal einer Gruppe ertrunkener Flüchtlinge gedachte, sei Martin Schulz, der Präsident des Europa-Parlaments, aufgestanden und habe gesagt, von derlei Gedenkstunden habe er die Schnauze voll, man müsse endlich anständige Politik machen, die solche Katastrophen verhindere. An dieser Stelle steigerte sich die 53-Jährige in die Thematik und lobte die Einführung eines neuen EU-Länderverteilungsschlüssels, denn „Dublin ist tot“, befand sie nach dem Motto: Was kann das arme Malta dafür, dass es im Mittelmeer liegt“. Hart ging sie bei diesem Thema mit jenen Nationen ins Gericht,



Kerstin Westphal bei ihrem engagiert vorgetragenen Referat zum Thema „Aktuelles zur Europapolitik und Zukunft der Europäischen Union“. Foto: Spandler

die sich von vornherein gegen Asylbewerber abschotteten. Die häufig angeführte Lösung, denen die Strukturfördermittel zu streichen, halte sie für nicht sinnvoll, schließlich ist die Unterstützung ja für die Bürger vorgesehen, auf deren Rücken die Krise nicht ausgetragen werden solle. Westphal sieht hier Staatschefs wie Merkel und Hollande gefragt, die mehr Druck auf die Kollegen aufbauen müssten, wenn es um die Interessen der Einzelstaaten geht.

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem darum, ob die Nationalparlamente den Freihandelsabkommen zustimmen müssten, ob sich die EU nicht langsam zu einer Wirtschaftsvereinigung entwickle, ob sie sich durch die zunehmenden rechtslastigen Strömungen nicht langsam auflösen werde und ob

die Briten denn nach ihrem Referendum noch in der EU bleiben würden. Zu all diesen Fragen hatte die SPD-Frau Profundes zu sagen. Ob die Nationalstaaten auch bei TTIP und Co. zustimmen werden dürfen, stünde noch nicht fest, sei aber wünschenswert, fand Westphal, denn dann genüge ein einziges Nein, um den Vertrag platzen zu lassen. Sollte sich die EU von ihrer Politik der Fördermittel verabschieden, werde sie sich auch von der Strategie der bürgernahen Politik entfernen, so die Parlamentarierin. Das Thema Rechtspopulismus stellte sich als besondere Herzensangelegenheit der Abgeordneten heraus. Hier hatte sie viele Beispiele parat, wie man in der Praxis die Nationalisten ausbremsen könne, indem man sich innerhalb und außerhalb noch stärker zusammenschließt. Gisa Spandler